

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration in seiner Sitzung am 27.03.2017 zu Ziffer 1 des Beschlussvorschlages und die mehrheitliche Beschlussempfehlung zu Ziffer 2 sowie auf die mehrheitliche Beschlussempfehlung des Kreisausschusses in seiner Sitzung am 03.04.2017 zu Ziffer 1 und Ziffer 2.

Abg. Skoda sagte, er begründe die ablehnende Haltung seiner Fraktion zu dieser Thematik damit, da das Konzept des Kommunalen Integrationszentrums auf Grundlage des multikulturellen Ansatzes konstruiert worden sei. Dieser multikulturelle Ansatz zur Integration sei jedoch gescheitert. In Bezug auf die türkischstämmigen Mitbürger sei dieses in der Presse nachzulesen. Seine Fraktion sei der Ansicht, solange dieses Arbeitskonzept für die Integrationsstelle bestehe, halte man ihre Arbeit für nicht richtig. Seine Fraktion werde den Beschlussvorschlag nicht unterstützen.

Abg. Dr. Fleck teilte mit, obwohl die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Kommunalen Integrationszentrums gute Arbeit leisteten, werde er - wie in der Vergangenheit - dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen. Darüber hinaus verwies er auf seine gestellte Anfrage zu diesem Thema.

Abg. Tendler merkte an, dass der Rhein-Sieg-Kreis im Gegensatz zu anderen Kreisen erst im Jahre 2014 das Kommunale Integrationszentrum eingerichtet habe. Es leiste seitdem mit den ehrenamtlichen Bürgerinnen und Bürgern vor Ort eine großartige Arbeit. Hierfür bedankte er sich auch im Namen seiner Fraktion.

Abg. Deussen-Dopstadt, sagte, sie werde für ihre Fraktion den Beschlussvorschlag zur Fortführung und Ausbau des Kommunalen Integrationszentrums unterstützen. Auch habe sie die veränderte Haltung der Hauptverwaltungsbeamten zum Kommunalen Integrationszentrum überzeugt, zumal es in der Gründungsphase sehr viel Skepsis gegeben habe. Nunmehr sprechen sich die Hauptverwaltungsbeamten für eine Fortführung des Kommunalen Integrationszentrums aus und erkennen seine Arbeit als Bereicherung an.

Es sei zudem für den Rhein-Sieg-Kreis die einzige Chance, regional und auf Landesebene vernetzt Integrationsarbeit zu leisten.

Abg. Westig sagte, sie wolle bewusst als Vertreterin einer Fraktion sprechen, die ehemals zu den Kritikern des Kommunalen Integrationszentrums gehörte, was insbesondere aufgrund der damals kritischen Haltung der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zurückzuführen sei.

Spätestens seit Einsetzen der Flüchtlingswelle müsse deutlich geworden sein, dass eine Stelle benötigt wird, die diese Arbeit koordiniere und strukturiere. Der Rhein-Sieg-Kreis verfüge mit der personellen Besetzung des Kommunalen Integrationszentrums über ein hervorragendes Team, was überzeugende Arbeit leiste. Darüber hinaus würden die vor Ort zuständigen Helferinnen und Helfer für die Flüchtlingsarbeit durch den Rückhalt des Kommunalen Integrationszentrums eine große Erleichterung empfinden.

Ihre Fraktion spreche sich für eine Fortführung des Kommunalen Integrationszentrums aus.

Abg. Solf merkte an, man müsse sich fragen, wo man in Deutschland bei der Integration vieler zehntausender Kinder und Jugendlicher sein könne, wenn man nicht jahrzehntelang zu träge im Denken und zu feige im Handeln gewesen wäre. Nun sei man Parteigrenzen übergreifend zu einer Einigung zum Thema Integration gekommen.

Weiter bemerkte Abg. Solf, da er für seine Fraktion seinerzeit im Düsseldorfer Landtag dieses Gesetz herbeiführen durfte, könne er sagen, man habe mit allen kommunalen Spitzenverbänden gesprochen, dass etwas in Richtung Integration geschehen müsse. Er freue sich, dass dieses in den letzten Jahren sehr gut fortgeschritten sei. Deshalb müsse es auf diesem Weg weitergehen.

Abg. Streng ergänzte, es werde weiterhin Hilfe und Unterstützung in Sachen Integration benötigt.

Sodann ließ der Landrat über den Beschlussvorschlag abstimmen.